

40 Jahre

Ausschuss für Internationale Angelegenheiten in der SPD-Landesorganisation Bremen

Forum Eine Welt Bremen

1972 - 2012

Eine Chronik

zusammengetragen und erstellt durch

Elisabeth Stolle und Uwe Warnken



Martin Töben, Sprecher des Ausschusses, 2012

Der Ausschuss für Internationale Angelegenheiten (AIA) ist ein Arbeitsgremium, das internationale Themen zu drängenden außenpolitischen Themen bearbeitet und befördert. Er existiert bereits seit 1972 – die ersten rund 25 Jahre unter dem Namen "Auswärtiger Ausschuss beim Landesvorstand der SPD Bremen" und ab dem Ende der 1990er Jahre umbenannt in "Ausschuss für internationale Angelegenheiten beim Landesvorstand der SPD Bremen". Ab 1983 in der Zusammenarbeit mit dem seinerzeit gegründeten bundesweit aktiven Nord-Süd-Arbeitskreis der SPD, der später in den "Foren Eine Welt" der Bundes-SPD aufging.

Ziel des Ausschusses ist es bis heute, inhaltliche Diskussionen und internationale Themen aus der globalisierten Welt in die Gliederungen der Partei und an deren Basis zu bringen. Hierfür werden seit jeher das umfangreiche Wissen und die vielfältigen Erfahrungen zahlreicher Mitglieder das AIA genutzt, aber auch immer wieder externe Fachleute zu den Sitzungen und auch öffentlichen Veranstaltungen eingeladen.

Das Forum soll die Möglichkeit einräumen, internationaler Politik und dem damit verbundenen Diskurs einen Raum in Bremen zu bieten. Wir möchten daher engagierten und interessierten Einzelpersonen wie auch Nicht-Regierungs-Organisationen die Gelegenheit geben, sich mit uns gemeinsam für die zentralen sozialdemokratischen politischen Ziele wie die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, die Bekämpfung globaler Armut, die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung sowie einer aktiven Friedenspolitik einzusetzen.

Die globalisierte Welt kann als allgemeine Überschrift über die zahlreichen Diskussionen, Referate und innerparteilichen Parteitagsanträge gesetzt werden, die in den vergangenen 40 Jahren auf unseren Treffen und Veranstaltungen behandelt und beschlossen wurden.

(Anmerkungen auf der Basis des letzten Jahresberichts des Ausschusses 2010/2011)



Vorlauf

Rückblickende Anmerkungen zur Geschichte des Ausschusses von Uwe Warnken

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bewirken, dass sich viele Menschen politisch in den Parteien engagieren. So nimmt die Mitgliederzahl der SPD bis zur Mitte der 1970er Jahre auf fast 1 Million Mitglieder zu. Die inhaltliche Motivation ist wohl für jedes Neumitglied individuell. Da sich die Strukturen in den Ortsvereinen entsprechend dem jeweiligen sozialen Umfeld deutlich voneinander unterscheiden, finden viele neue Genossinnen und Genossen die sie interessierenden Themen dort nicht vor. Das führt neben dem Wachstum der vorhandenen bundesweiten Arbeitsgemeinschaften (z.B. Jusos, ASF, AsJ) zur Bildung von zahlreichen Arbeitskreisen und Kommissionen auf Unterbezirks- oder Landesebene u. a. zu Themen wie Umwelt, Gesundheit, Sport und Bildung. Zu diesen Themenbereichen zählt aber auch die Begleitung der von Willy Brandt und Egon Bahr entwickelten Ost- und Entspannungspolitik, die über den Prozess der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

zur späteren Überwindung des "Eisernen Vorhangs" führt sowie der politischen Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den ehemaligen oder noch existierenden Kolonien.

Die entwicklungspolitische Dimension bei der Gründung des Ausschusses in Bremen ergab sich nach den Ausführungen von damals beteiligten Genossinnen und Genossen aus der Intensivierung der inhaltlichen Diskussionen z.B. um das Ende der Kolonien, der Veränderung der Strukturen des Welthandels und um den Vietnamkrieg. Das Bedürfnis, etwas gegen die ungerechten und ungleichen Bedingungen weltweit tun zu müssen, entwickelte sich in Bremen in den "linken" Gruppierungen innerhalb der Kirchengemeinden, dem Landesjugendring Bremen und ähnlichen Institutionen. So gab es einen "Ökumenischen Arbeitskreis für Entwicklungshilfe", der schon frühzeitig Erhard Eppler zu Veranstaltungen in Bremen-Blockdiek einlud wie auch bereits 1968 Veranstaltungsreihen des Landesjugendrings Bremen zum Thema "Entwicklungshilfe oder Revolution?". 64 Bremer Pastoren unterschrieben einen Appell für mehr Entwicklungshilfe, was zur Einstellung eines Betrags von DM 1,5 Millionen zu diesem Zweck in den Haushalt der Bremischen Evangelischen Kirche führte. Diese Impulse aus der so genannten "linken Ecke" gesellschaftlicher Organisationen wurden von der sich als fortschrittlich verstehenden "Linken" innerhalb der bemerkenswert wachsenden SPD aufgegriffen. Es wurde versucht, die politische Umsetzung der gesellschaftlichen Wünsche in diesem Politikbereich auf Parteiebene voranzutreiben.

Das wird vermutlich ein wesentlicher Grund für die Einrichtung eines Arbeitskreises "Ausschuss für Auswärtiges" auf Landesebene durch den Landesvorstand der Bremer SPD im Jahr 1972 sein.

Die nachfolgenden Details sind den jeweiligen Jahres-/Zwei-Jahres-Berichten des Ausschusses an den Bremer Landesvorstand der SPD entnommen. Diese enthalten leider keine Angaben darüber, wer Referate zu welchen Themen gehalten hat. Da für den großen Zeitraum von 40 Jahren nicht mehr alle Referenten bekannt sein können, bitten die "Chronisten" um Verständnis dafür, dass nur in einigen Zusammenhängen Namen festgehalten worden sind.



Herbert Brückner (2009)

1972/1973 Vorsitzender Herbert Brückner

Leider liegt ein Tätigkeitsbericht des Auswärtigen Ausschusses im entsprechenden Jahresbericht des Landesvorstands nicht vor. Es kann nicht mehr geklärt werden, womit sich der Auswärtige Ausschuss in der ersten Arbeitsperiode befasst. Man kann allerdings davon ausgehen, dass sich die

ersten Aktionen mit Anträgen entsprechend den Ausführungen zur Gründungsphase und der bundesweiten Suche nach anderen Gremien mit gleicher Thematik in der Partei beschäftigen. Die Entwicklungspolitik wird wahrscheinlich eine dominierende Rolle in der Arbeit darstellen.

1974/1975 Vorsitzender Herbert Brückner

Im Fokus der Arbeit stehen 4 Bereiche: die Zusammenarbeit mit der Israel-Labour-Party in Haifa durch regelmäßige Informationen und Initiativen auf gewerkschaftlicher, jugendpolitischer und kultureller Ebene, die Unterstützung der chilenischen Emigranten als Opfer des Militärputsches durch Pinochet 1973, die Einbindung türkischer Genossen nach dem anregenden Be-

such des früheren türkischen Ministerpräsidenten und Genossen Ecevit und seiner Kundgebung vor rund 15.000 Türken im Bremer Weser-Stadion sowie die Zusammenarbeit mit in Bremen lebenden Emigranten aus Griechenland, die infolge der dortigen Militärdiktatur in Bremen gelandet sind.

Zeitzeugen:

Elisabeth Stolle

Bremen, im Januar 2013

Die politische Situation der Entwicklungsländer zur Gründungszeit des "Auswärtigen Ausschusses"

1964 wurde die Welthandelskonferenz UNCTAD gegründet. Zu dem Zeitpunkt bildete sich auch die "Gruppe 77", ein Zusammenschluss der Entwicklungsländer, deren Ziel es war, die Lage dieser Länder zu verbessern.

In der Entwicklungsdekade um 1970 ging es vor allem darum, auf die Befriedigung von materiellen (Nahrung, Gesundheit, Infrastruktur) als auch auf die immateriellen (Freiheit, Bildung, Arbeit) Grundbedürfnisse einzugehen.

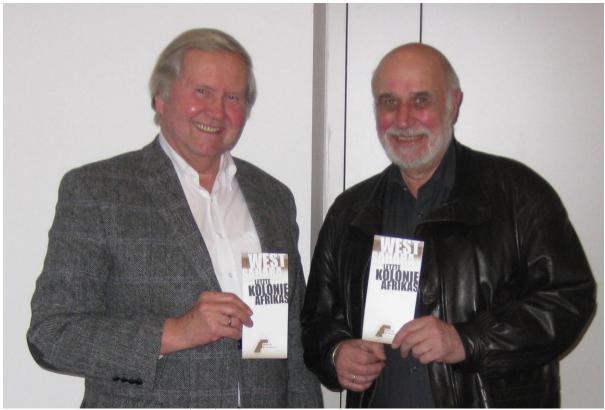
Von 1968 bis 1974 war Erhard Eppler Minister des BMZ. Nach seiner Amtszeit sagt er einem Journalisten: "Was uns strategisch wichtig war, war vor allem die landwirtschaftliche Entwicklung – mit entsprechender Regionalplanung – mit Aus- und Fortbildung und der Aufbau der nötigen Infrastruktur."

1974 kam Willy Brandt von einer Reise aus Nordafrika zurück. Das war nach einer Aussage von Erhard Eppler die Geburtsstunde seines Interesses für die Länder der "Dritten Welt". Unter den dort gewonnenen Eindrücken sagte er zu Eppler: "Erhard, jetzt hab' ich's begriffen. Wir wollen in diesem Bereich zukünftig enger zusammenarbeiten." Später forderte Robert McNamara als zuständiger Präsident der Weltbank Willy Brandt auf, die Nord-Süd-Kommission zu leiten. In dieser Funktion legte Willy Brandt dann den bekannten Nord-Süd-Bericht vor.

1976/1977 Vorsitzender Günter Behrens

Im Jahresbericht wird als Aufgabe angegeben, außenpolitische Initiativen bremischer SPD-Mitglieder zu koordinieren. Der Auswärtige Ausschuss besteht aus je zwei gewählten Vertretern der Unterbezirke sowie aus den im Land Bremen interessierten Genossen.

Im Aktionsfeld "Entwicklungspolitische Aktivitäten" wird die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungsleistungen angesprochen. Der Ausschuss initiiert eine sozialdemokratische Fachkonferenz im September 1977 in Wiesbaden, auf der Egon Bahr die positiv-kritische Rolle der Bremer SPD lobt.



Gunther Hilliges und Manfred Hinz (2013) Kuratoriumsmitglieder "Verein Freiheit für die Westsahara e.V."

Ein Schwerpunkt ist die Westsahara. Nach einem Besuch Bremer Sozial-demokraten im Flüchtlingslager von El Tindouf in Algerien im Mai 1977 informieren die Ausschussmitglieder Gunther Hilliges und Manfred Hinz den "Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit" des Deutschen Bundestages und tragen dadurch dazu bei, dass öffentliche Hilfe für die Sahrauis möglich wird.

Im Schwerpunkt "ausländische Arbeitnehmer" dominieren in diesen Jahres arbeitsrechtliche und schulische Probleme, die Diskussion über rechtsradikale türkische und juntabelastete griechische Organisationen in Deutschland sowie eine enge Zusammenarbeit mit den chilenischen Emigranten.

1978/1979 Vorsitzender Günter Behrens

Der Auswärtige Ausschuss klagt über die mangelnde Bereitschaft zu internationaler Solidarität, insbesondere die große Kluft zwischen theoretischen Ansprüchen und dem Regierungshandeln. Lobenswerte Ausnahme ist für den Ausschuss die Errichtung eines Landesamtes als eigenständiger bremischer Beitrag.

Die Schwerpunkte in der Nord-Süd-Politik liegen in den Bemühungen um einen Stufenplan zur Erhöhung der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, in der Anerkennung der Entwicklungspolitik als eigenständige Aufgabe, in einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie einer parteiinternen Behandlung des Berichts der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-

Kommission. Daher erscheint am 1. September 1978 die erste Ausgabe des "Dritte Welt Info-Dienst", herausgegeben von Gunther Hilliges, Manfred Hinz und Henning Scherf und finanziert von der Bremer SPD. (Anmerkung des Chronisten: der Infodienst, der später in "Nord-Süd Infodienst" umbenannt werden wird, erscheint bis Mai 2009, ab Ausgabe Nr. 51 bis zur Ausgabe Nr. 100 allerdings aus finanziellen Gründen herausgegeben von der Bonner/Berliner Parteizentrale der SPD).

Auch 1978 besucht wieder eine Delegation der Bremer SPD die Flüchtlinge aus der Westsahara in Algerien unter Leitung des Landesvorsitzenden Konrad Kunick.

Zeitzeugen:

Uwe Warnken

Bremen, im Januar 2013

Bei Beginn meiner Mitarbeit im Auswärtigen Ausschuss am Anfang der 1980er Jahre war auf Grund der hohen Zahl an Teilnehmern die Arbeit im Ausschuss deutlich anders organisiert als heute. Der Ausschuss hatte insgesamt vier Unterausschüsse gebildet, die sich einmal monatlich trafen, um aktuelle Themen zu bearbeiten. Diese Unterausschüsse sind mir noch erinnerlich: sie befassten sich mit "Nord-Süd-Politik", "Ost-West- und Entspannungspolitik" sowie mit der Situation der ausländischen Arbeitnehmer bei uns und der politischen Flüchtlinge aus Chile und Griechenland. Einmal monatlich fand dann eine Plenumssitzung aller Untergruppen statt, auf der aus den Unterausschüssen berichtet wurde und entsprechende Anträge und Beschlüsse gefasst wurden. Formal sind die zwei Treffen im Monat bis heute erhalten geblieben, auch wenn sich die Themen teilweise anders entwickelt haben.

Im Übrigen wurde der Ausschussvorsitzende bis 1978 nicht von den Ausschussmitgliedern gewählt, sondern vom Landesvorstand ernannt.



Frank Boldt (2009)

1980/1981 Vorsitzender Frank Boldt

Themenschwerpunkte sind in dieser Periode Fragen der Dritten Welt, die Auslandsbeziehungen Bremens und die Ausländer in Bremen. Während in Sachen Dritte Welt Ausschussmitglieder in den Ortsvereinen für dieses Thema werben, erfolgt der Abschluss der Städtepartnerschaft mit Gdansk in Polen. Mit Haifa wird ein Kulturabkommen geschlossen.

Die Probleme der Ausländer in Bremen, insbesondere im schulischen Bereich, stellen sich in der Tendenz "steigend" dar und beanspruchen weitgehend die Kapazitäten des Ausschusses.

1982/1983 Vorsitzender Frank Boldt

Die Arbeit in den Bereichen "Nord-Süd-Problem", "Ost-West-Beziehungen" und "Ausländer bei uns" wird fortgeführt. Die gesamte Tätigkeit des Ausschusses ist ausgerichtet auf die Landesorganisation der SPD und die von ihr getragene Landesregierung.

Die Arbeitsgruppe Nord-Süd befasst sich bedingt durch die mitarbeitenden Genossen aus Chile bevorzugt mit der Situation in deren Heimatland. Der Ausschuss beteiligt sich an Gedenkveranstaltungen (Ermordung Salvador Allende 1973) und veranstaltet ein Wochenendseminar unter Teilnahme betroffener Chilenen. Außerdem vertieft der Auswärtige Ausschuss die Zusammenarbeit mit anderen Eine-Welt-Gruppen der SPD und behandelt thematisch Fragen zu Namibia, Grenada (Militärintervention der USA) und Iran (Krieg mit dem Irak). Im Bereich Ost-West-Beziehungen stehen Kontakte zur Sowjetunion (Partnerschaft mit Riga), zu Polen (Partnerschaft Gdansk) und zur Tschechoslowakei im Fokus.

Die Umbenennung der Jugendbildungsstätte St. Magnus in "Haus Lidice" erfolgt auf Vorschlag aus dem Auswärtigen Ausschuss. Im Bereich "Ausländer bei uns" dominiert die Behandlung von Einzelfällen.

Zeitzeugen:

Gunther Hilliges

Bremen, im Januar 2013

Vom Anfang und Ende des Aktionskreises "Nord-Süd" der SPD

Der Aktionskreis startete 1983 in Bremen mit Unterstützung von Genossen aus dem Bezirk Mittelrhein: Uwe Holtz, Jürgen Wilhelm und Hans-Walter Schulten. Gemeinsam schrieben wir die Bezirke und Unterbezirke mit dem Ziel an, entwicklungspolitisch interessierte und sachverständige Genossen genannt zu bekommen, um eine bundesweite Adressensammlung aufzubauen. Zweimal jährlich trafen wir uns, danach an stets anderen Orten, bereiteten in Tagesseminaren Anträge für unsere Parteitage und den Bundesparteitag vor und freuten uns oft über mehr als 120 Teilnehmer, die auf eigene Kosten anreisten, Nord-Süd-Themen sachverständig und engagiert erarbeiteten und in die SPD trugen. Der Kreis war offen und viele NGO-Vertreter und AWZ-Mitglieder des Bundestags brachten ihren Sachverstand ein.

Mithilfe von Hans Koschnick und Ulrich Klose konnte schließlich in der Bonner Baracke die erste Stelle geschaffen werden, die Roland Röscheisen exzellent ausfüllte. Olof Palmes Sozialdemokraten hatten in Schweden zur gleichen Zeit 12 hauptamtliche Mitarbeiter/innen.

Bereits 1978 hatte die Bremer Landesorganisation mit der vierteljährlichen Herausgabe des Nord-Süd-Infodienstes begonnen, der sich rasch zur gemeinsamen Plattform des Aktionskreises entwickelte. Seit 1990 übernahm der Parteivorstand den Dienst. Eine Zusammenstellung der Themen bis 1990 kann von der Bremer Landesorganisation angefordert werden.

Seit der Rio-Konferenz 1992 zu Umwelt und Entwicklung stärkte die UNO dezentrale Kräfte für nachhaltige Entwicklung mit der Agenda 21. Länder und Kommunen bekamen für ihre Entwicklungszusammenarbeit deutlichen Rückenwind auch durch den Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder zu den Aufgaben im Rio-Folgeprozess. Uwe Holtz erreichte einen einstimmigen Bundestagsbeschluss im Juni 1994 mit der Aufforderung zur lokalen Agenda 21 an die deutschen Kommunen. Genossen aus Rheinland-Pfalz initiierten danach die Ausweitung des Aktionskreises um die Abgeordneten der Landtage seit 1996. Gastgeber der Arbeitstreffen des Aktionskreises waren seitdem die örtlich Aktiven mit den Genossen der Landtagsfraktionen.

Als der Parteivorstand in Berlin 1996 das Eine-Welt-Forum (EWF) unter Leitung von Henning Scherf gründete, schien ein Durchbruch für die in der SPD traditionell vernachlässigten Nord-Süd-Themen "wenigstens" strukturell gelungen. Dieser "Kopf" hatte mit dem Aktionskreis auch "Füße" und Verbindungen in die engagierte Zivilgesellschaft (NRO). Deshalb wurden die dafür nötigen Mittel vom Parteivorstand zwischen EWF und Aktionskreis auch fair geteilt.

Das änderte sich 2000 mit der neuen Vorsitzenden des Forums, Heidemarie Wieczorek-Zeul, nachdem Henning nicht mehr für den Parteivorstand kandidiert hatte. Nun sollten in den Ländern regionale EWF gegründet und Doppelstrukturen vermieden werden. Kein Geld mehr für den Aktionskreis trotz zahlreicher Interventionen beim Parteivorsitzenden und Generalsekretär.

Allen sicher ernst gemeinten Anstrengungen von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles zur Öffnung und Dezentralisierung der Partei zum Trotz: Wieder einmal hatten Zentralismus und ein neudeutsch "top-down-approach" gesiegt. Lahme regionale EWF konnten die Dynamik des Aktionskreises auch nicht ansatzweise ersetzen und entwicklungspolitische Themen spielen – trotz enormer Anstrengungen Einzelner – wie z.B. Sascha Rabe, Bärbel Kofler, Konstantin Woinoff etc. kaum noch eine Rolle. Dann natürlich auch nicht im "Vorwärts". Selbst als die SGK mit 1300 Bürgermeistern in Bremen bei ihrer Hauptversammlung einen klaren Beschluss zur Notwendigkeit kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und den Millenniumszielen fasste, kein Wort.

Auch wenn der Aktionskreis Nord-Süd von Bremen aus startete und seine Eliminierung zu den bittersten Erfahrungen gehört, haben wir den 40. Geburtstag des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten (AIA) in Bremen erreicht und geben auch in Zukunft nicht auf, die politische Bedeutung internationaler Arbeit in der SPD zu stärken.



Hella Ulferts-de Souza

1984/1985 Vorsitzende Hella Ulferts

Eine sehr aktive Periode des Auswärtigen Ausschusses insbesondere zum Nord-Süd-Konflikt, während sich die Arbeitsbereiche Ost-West-Gegensatz und "Ausländer bei uns" eher mit schwankender Intensität entwickeln.

In öffentlichen Veranstaltungen unter dem Obertitel "Nord-Süd-Konflikte" zu den Themen Afghanistan über Chile und Guatemala bis Südafrika, Nicaragua und Westsahara sowie zum Hunger in der Dritten Welt zeigt der Ausschuss Präsenz. Referenten und Gesprächspartner sind neben qualifizierten SPD-Genossen auch Vertreter des ANC/Südafrika, der Botschafter Nicaraguas sowie Vertreter der Frente Polisario. Das Bundestreffen 1985 des bundesweiten Ar-

beitskreises Nord-Süd der SPD findet unter der Schirmherrschaft von Hans Koschnick statt. Auf einem Wochenendseminar werden Grundsatzpositionen zu Afghanistan und Südafrika erarbeitet, die ganz, bzw. teilweise, vom Landesvorstand übernommen werden.

Erst- und auch bisher einmalig wird im September 1985 ein Arbeitsparteitag gemeinsam mit dem Unterbezirk Bremen-Ost mit sechs verschiedenen Untergruppen u. a. zum Thema Südafrika/Apartheid durchgeführt. Ein Ergebnis bereits aus der Vorbereitung des Parteitags ist eine Resolution zu Südafrika, die die Bundesregierung praktisch zum Südafrika-Boykott auffordert.



Winfried Brumma (2012)

1986/1987 Vorsitzender Winfried Brumma

Der Auswärtige Ausschuss beteiligt sich an Diskussionsforen u. a. zu den Themen "Frauen in der so genannten Dritten Welt" mit Roshan Danjiboy (Pakistan), "Unterentwicklung und Rüstungsexport" mit Armin Stolle und "Parteiprogramm und Nord-Süd-Politik" mit Hans Koschnick. Außerdem werden die Themenfelder Technologietransfer in die Dritte Welt, Ausländerfeindlichkeit, muttersprachlicher Unterricht, Türkei, Chile, Nicaragua und die negativen Folgen der einseitigen Exportorientierung der BRD für die Dritte Welt bearbeitet.

Der Ausschuss formuliert verschiedene Anträge auf Landesebene zu Nicaragua und Südafrika (Anmerkung Gunther Hilliges:

Die Folge ist ein Beschluss der SPD-Bürgerschaftsfraktion gegen Kohleimporte aus Südafrika, den Verkauf von Gold aus Südafrika sowie ein Beschluss gegen die Verwendung von Früchten aus Südafrika in bremischen Einrichtungen. Außerdem tritt Bremen als erste von insgesamt fünfzehn deutschen Städten dem europäischen Bündnis der Städte gegen die Apartheid bei). Ein weiterer großer Erfolg war die Annahme der "9 Bremer Thesen zur Entwicklungspolitik" auf dem Nürnberger Bundesparteitag 1986. Trotz dieses Erfolgs auf Bundesebene beklagt der Ausschuss allerdings in seinem Jahresbericht, dass das Interesse zu Nord-Süd-Themen innerhalb der Partei insgesamt recht mäßig ist.

1988/1989 Vorsitzender Winfried Brumma

Neben den politischen Umwälzungen im Ost-West-Verhältnis als Folge auch der Ostpolitik Willy Brandts sind erstmals deutliche Erfolge im politischen Kampf im südlichen Afrika zu verzeichnen, in dessen Verlauf die Bremer SPD immer Farbe bekannt hat: freie Wahlen in Namibia mit einem Erfolg der SWAPO, Aufhebung des ANC-Verbots in Südafrika und die Freilassung von Nelson Mandela.

Eingebunden ist der Ausschuss u. a. auch in die Aktivitäten zur Verleihung des Bremer Solidaritätspreises an Nelson Mandela, in die Renovierung und Neubewertung des Kolonialdenkmals "Elefant" und in die Städtepartnerschaft Bremens mit der Hafenstadt Corinto in Nicaragua.

In einem Referat über Kapitalflucht, insbesondere aus den armen Ländern des Südens, werden durch ein Ausschussmitglied aus der Außenwirtschaft wirtschaftsgestützte Techniken der Kapitalflucht ebenso beschrieben wie das Ausrauben der Dritten Welt durch so genannte devisensparende Wirtschaftsabkommen auf Gegenseitigkeit mit den Staatshandelsländern Mittel- und Osteuropas.

1990/1991 Vorsitzender Winfried Brumma

Im Mittelpunkt der Arbeit in dieser Periode stehen Anträge an den Landes- bzw. Bundesvorstand zu den Themen "Öffnung der Medien und Programme im Fernsehen und Hörfunk für unsere ausländischen Mitbürger/innen" (vom Landesvorstand übernommen), "Verurteilung Marokkos wegen militärischer Angriffe in der West-Sahara zur Verhinderung einer Volksabstimmung unter UN-Kontrolle" (vom Landesvorstand übernommen), "Nord-Süd-Solidaritätsfonds der SPD" (vom Parteivorstand in Bonn übernommen, vom Bremer Landesvorstand abgelehnt) sowie ein Antrag zu "500 Jahre Eroberung und Ausbeutung Lateinamerikas" (sowohl vom Bundes- wie vom Landesvorstand angenommen).

Ein dominierendes Thema ist natürlich der Golfkrieg um Kuwait und den Irak, der zu einem Tagesseminar zu den Ursachen dieses Krieges und zur Frage deutscher Waffenexporte insgesamt führt. Ein Ergebnis dieses Seminars ist ein Antrag an das EU-Parlament, eine Soforthilfe für Kurdistan zu organisieren.

Hinzu kommen noch die "alten Themen" wie der Zerfall Jugoslawiens, Togo, Süd-Afrika und Nicaragua. Hier waren die erfolgreichen Abschlüsse der ersten sechs Auszubildenden des Kfz-Werkstatt-Projekts zu melden. Bei der Veranstaltung zur Neuwidmung des Reichskolonialdenkmals im Gustav-Deetjen-Park von einer Totengedenkstätte für deutsche Opfer der Kolonialkriege in Afrika in das nunmehrige Anti-Kolonialdenkmal (bekannt als "Der Elefant"), das nun auch den Opfern von Kolonialismus und Rassismus gewidmet ist, ist der Ausschuss mit einem Stand vertreten.



1992/1993 Vorsitzender Winfried Brumma

Die grundlegenden internationalen Veränderungen erfordern einen Versuch des Ausschusses seine Positionen zum Thema "Nord-Süd" zu analysieren und eventuell neu zu bewerten. Schwerpunkte hierbei sind neue Strategien der NATO, Ursachen des Fundamentalismus weltweit und eine durchgreifende Parteireform als Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen. Es gibt ein Tagesseminar zu Togo, eine Diskussionsveranstaltung zur West-Sahara mit Henning Scherf und eine Podiumsdiskussion zum Thema "Demokratisierung in Afrika". Es erfolgt eine Zuarbeit zu einem Parteitag des Unterbezirks Bremen-West zur Zuwanderungs- und Asylpolitik. In Zusammenarbeit mit der "Friedenskommission" des Unterbezirks Bremen-Ost wird ein Tagesseminar mit dem Titel "Umdenken? – Die Veränderungen in der Welt und die Beschlusslage der SPD" veranstaltet. Zusätzlich Unterstützung Bremer Dritte-Welt-Gruppen wie z. B. der Städtesolidarität Corinto-Bremen. Auf Bundesebene übernimmt die SPD-Bundestagsfraktion den Vorschlag des Aktionskreises Nord-Süd, dem auch der Ausschuss angehört, zu einem Gesetz zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Im Juni 1992 schreibt der Ausschuss einen Brief an den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Peter Struck, zur Positionsfindung in der Kurdenpolitik.

1994/1995 Vorsitzender Winfried Brumma

Probleme bereitet im Bundestagswahlkampf 1994 die einsame Entscheidung des SPD-Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping, nach der Wahl das Entwicklungshilfeministerium aufzulösen. Eine Entfremdung zwischen der Partei und den NGO's ist zwangsläufig. Zusätzlich kommt es in Bremen gegen den Wunsch des Ausschusses zu einer so genannten Großen Koalition, die inhaltliches Engagement noch zusätzlich lähmt. Trotzdem beschäftigt sich der Auswärtige Ausschuss mit dem Fundamentalismus des Islam, der globalen Arbeitslosigkeit und Verelendung, der Agenda 21 der Vereinten Nationen, den Lebensbedingungen in Chile, den politischen Verhältnissen in Togo sowie mit der Kurdenpolitik in der Türkei und in Deutschland.



Barbara Matuschewski (2012)

1996/1997 Sprecherin Barbara Matuschewski

Es werden Tagesseminare zur Erstellung eines Readers zur Agenda 21 sowie mit Referent Detlev Albers unter dem Thema "Globalisierung der Märkte, Auswirkungen auf Bremen" durchgeführt. Dieses Seminar führt noch zu weiteren Referaten in der Folgezeit zu den regelmäßigen Sitzungsterminen. Ein weiteres Tagesseminar zur Geschichte und zur Gegenwart des Islamismus wird durch die Ausschussmitglieder Catherine Ebah-Moussa und Sinan Temelli vorbereitet und durchgeführt.

Die offiziellen und informellen Partnerschaften mit Riga, Izmir, Gdansk und Pune werden ebenso behandelt wie auch entwicklungspolitische Themen mit Referaten von Ausschussmitgliedern zu Indien und Nepal, zu Bolivien und Nicaragua, zum Balkan und zur NATO-Osterweiterung.

Erfreulich und bestärkend ist die Auszeichnung des Ausschusses auf dem Parteitag in Hannover in der Wertung "Lebendige Ortsvereine", wobei das Auswahlgremium den Begriff Ortsverein offensichtlich modern ausgelegt hat.



1998/1999 Sprecherin Barbara Matuschewski

Im Juni 1999 wird der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten offiziell in Ausschuss für internationale Beziehungen umbenannt und es werden drei Unterarbeitsgruppen gegründet für die EU, für Nord-Süd-Probleme und für Themen aus Mittelund Osteuropa sowie dem Nahen Osten. Obwohl die Umbenennung mehrheitlich erfolgt, bleibt die Umorganisation folgenlos, weil fast alle Ausschussmitglieder an fast allen Untergruppen interessiert sind und mitarbeiten.

Hauptthema in dieser Periode ist die Weiterentwicklung der Agenda 21 als Querschnittaufgabe in Bremen. Ein Frühschoppen mit Henning Scherf in den Weserterrassen zur Stärkung regionaler Integrationsgemeinschaften wie SAARC im südlichen Asien, SADC im südlichen Afrika und MERCOSUR in Südamerika findet Beachtung. Auch ein gut besuchtes Agenda-21-Forum im Kino 46 (damals noch in Walle) mit u. a. Michael Müller (MdB), Rudolf Hickel und den Ausschussmitgliedern Andreas Weichelt und Sinan Temelli ist erfolgreich und findet Beachtung.



Manfred Oppermann, Sinan Temelli, Henning Scherf und Barbara Matuschewski 1999 in den Weser-Terrassen zum Thema "Agenda 21"

Der entwicklungspolitische Bereich wird bearbeitet mit Berichten von Ausschussmitgliedern über Bewässerungsprojekte in Bolivien (Marcello Lengstorff), gemeinsame soziale Projekte von AWO und Norddeutscher Mission in Ghana (Erhard Mische und Andreas Weichelt) und einem Projekt zur Förderung der Ausbildung von Mädchen in Nepal (Ursula Ziebarth). Professor Wilfried Wagner von der Universität Bremen referiert über seine Wahlbeobachtungszeit in Osttimor.

Ausschussmitglied Sinan Temelli organisiert als Projektleiter im Rathaus einen "In-

ternational Workshop with Partner Cities of Bremen" insbesondere zur Zusammenarbeit hinsichtlich Recyclingwirtschaft und Wasserversorgung mit Bremens Partnern in der Welt. Anwesend sind Delegationen u. a. aus Windhuk, Pune, Durban, Izmir, Liverpool und Rotterdam.

Außerdem stehen Alternativlösungen zu Militärinterventionen, Möglichkeiten der UN und der OSZE zur Verringerung von Rüstungsexport und Ansätze zur Friedenssicherung und zu institutionalisierten Konfliktlösungen auf der Agenda.

2000 1. Sprecherin Barbara Matuschewski, 2. Sprecher Jan Holthuis

Die Referate und Diskussionen zum Jahrtausendwechsel betreffen die Globalisierung als Herausforderung, den freien Welthandel und Finanzmarktregulierungen, die Wirtschaftskrise der 1990er Jahre in Südostasien, die Thesen der Entschuldungskampagne für die industriell nicht entwickelten Länder sowie die Wahlen in Ghana, bei denen Ausschussmitglied Jan Holthuis als offizieller Wahlbeobachter eingesetzt war. Des Weiteren referieren Karin Jöns (MdEP) zur Europäischen Charta, Johann Weismann zu Aspekten des IWF wie auch zum Verhältnis Südafrikas zur EU und Rai-

ner Nalazek (MdBB) zu Polen und zur Osterweiterung. Ein Abend befasst sich auch mit der Situation von Umsiedlern aus Kasachstan. Die entwicklungspolitischen Themen umfassen Bolivien, Somalia und Somaliland mit Klaus von Freyholdt sowie Ghana und Südafrika. Gunther Hilliges unterrichtet über den Stand der Städtesolidarität mit Pune/Indien und Ursula Ziebarth über ihr Integriertes Mädchen- und Frauenprojekt (Kindergärten, Schulen, Teachertraining, Alphabetisierungskurse für die Mütter sowie einkommenschaffende Maßnahmen) in Nepal.

2001 1. Sprecherin Barbara Matuschewski, 2. Sprecher Jan Holthuis

Forderungen des Ausschusses zur Erhöhung der Haushaltsmittel für Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund der UN-Millenniumsziele und des auch von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedeten Programms zur "Halbierung der Armut in der Welt bis 2015". Auch der Leitantrag zur Entwicklungspolitik für den Nürnberger Parteitag wird ausdrücklich unterstützt.

Kritisch setzt sich der Ausschuss mit den Bundeswehreinsätzen im Kosovo, in Mazedonien und nach dem 11. September 2001 in Afghanistan auseinander. Den Empfehlungen zur Unterstützung der Politik der Bundesregierung wie vom Bremer Bundestagsabgeordneten Volker Kröning empfohlen folgt der Ausschuss nicht! Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 steht Afghanistan einschließlich der Diskussion über den Islam und über militärische Beteiligungen im Fokus. Der Ausschuss ist in diesen Fragen teilweise gespalten!

2002/2003 1. Sprecherin Barbara Matuschewski, 2. Sprecher Jan Holthuis

Nach einem vom Ausschuss veranstalteten Neujahrsempfang 2002 zum 30-jährigen Bestehen des Ausschusses für internationale Angelegenheiten bzw. des Auswärtigen Ausschusses, wie er in der Vergangenheit firmierte, wurden in der laufenden Periode viele inhaltliche Themen behandelt, u. a: eine breitere Verankerung der Entwicklungspolitik in Partei und Öffentlichkeit, die aktuelle Erweiterung der EU, die Arbeit der Bremer Vertretung in Brüssel, die politische Situation in den Transformationsländern Tschechien und Slowakei, Ägypten als Herz der arabischen Welt, politischer und religiöser Puritanismus in Amerika, Israel und Palästina, Chile, Bolivien, die West-Sahara und 30 Jahre Frente Polisario sowie natürlich intensiv der Irak-Krieg. Hinzu kamen Referenten von attac, Ärzte ohne Grenzen sowie Laila Noor von der Independent Afghan Women Association.

Für die nachfolgende Arbeitsperiode des Ausschusses bittet die langjährige Sprecherin darum, dass sich nach einer solch langen Zeit der intensiven Leitung eines sehr regen Ausschusses jemand anders um die Rolle als Sprecher/in bewirbt. Es bleibt festzustellen, dass es in der Zeit mit Barbara Matuschewski dank ihrer Vernetzung in die Bremer NGO-Szene, ihrer persönlich ansprechenden Art der Leitung und der Attraktivität der gewählten Themen mit der Wahrnehmung des Ausschusses in Partei und Öffentlichkeit deutlich aufwärts ging.



Jan Holthuis (2008)

2004/2005 Sprecher Jan Holthuis

In dieser Periode werden neben den Tagesaktualitäten viele inhaltlich anspruchsvolle
Themen im Ausschuss bearbeitet wie z.B.:
die Millenniumsentwicklungsziele der UN,
faire Handelsbeziehungen, Europa und die
Sozialdemokratie mit Detlev Albers, und die
Umsetzung der UN-Anti-Folter-Konvention
mit Jens Böhrnsen, Fraktionsvorsitzender
der SPD in der Bremischen Bürgerschaft.
Außerdem die Themen "Rohstoff Wasser",
die Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes, das historische Verhältnis zwischen
der Türkei und Armenien aus der Sicht tür-

kischer Sozialdemokraten und eine intensive Betrachtung der Einzelheiten aus dem Strategiepapier des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit zum Thema "Ankerländer".

Eine Gruppe aus dem Ausschuss für internationale Angelegenheiten (verantwortlich Ali Hergünsen und Mehmet Güven) veranstaltet eine von der türkischen Partnerpartei CHP begleitete Informationsreise in die Partnerstadt Izmir.

2006 1. Sprecher Jan Holthuis, 2. Sprecher Martin Töben

Neben den jeweils behandelten aktuellen internationalen Tagesthemen und Fragen und Problemen für Asylbewerber und Flüchtlinge in Bremen lässt sich der Ausschuss vom Chef der Bremer Vertretung in Brüssel und Abteilungsleiter für Entwicklungszusammenarbeit, Christian Bruns, über anstehende Finanzentscheidungen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit informieren.



Außerdem beteiligt sich der Ausschuss an den Veranstaltungen zur "Fairen Woche" des biz (Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung) mit einer vom Ausschussmitglied Klaus von Freyholdt vorbereiteten Veranstaltung zum Thema "Victoriabarsch und die Folgen" im Übersee-Museum.

2007 1. Sprecher Jan Holthuis, 2. Sprecher Martin Töben

Durch die kurzfristige Mitgliedschaft des Sprechers Jan Holthuis in der Bremischen Bürgerschaft wird das langjährige Ausschussthema "Einhaltung sozialer und ökologischer Standards im Beschaffungswesen" nach vorne gebracht. Außerdem setzt sich der Ausschuss wie in den Vorjahren gegen die Haushaltskürzungen für die Bremer Entwicklungszusammenarbeit ein.

Die länderbezogenen Themen konzentrieren sich auf Bolivien und Chile sowie auf die Arbeit der Organisation "Ärzte ohne Grenzen" in Äthiopien. Berichterstatter sind Ausschussmitglieder mit aktuellen Erfah-

rungen. Über Ghana vor der Wahl informiert uns in einer öffentlichen Veranstaltung Kwasi Tamakloe vom National Congress Ghana (NCG), unserer Partnerpartei in Ghana.

Eine wichtige und gut besuchte Veranstaltung ist eine vom Ausschuss organisierte und von Martin Töben moderierte Buchvorstellung durch Heidemarie Wieczorek-Zeul, Vorsitzende der Eine Welt Foren der Bundes SPD und Bundesministerin für Entwicklungszusammenarbeit, im Konsul-Hackfeld-Haus



Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, stellte im Bremer Konsul-Hackfeld-Haus ihr neues Buch "Welt bewegen. Erfahrungen und Begegnungen" vor und diskutierte ihre Erfahrungen als eine Zwischenbilanz ihrer neunjährigen Regierungstätigkeit mit Genossinnen und Genossen des Bremer Forums Eine Welt und interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Im Anschluss nutzen viele die Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch mit der Ministerin und ließen sich bei der Gelegenheit ihr Exemplar des Buches von Heidemarie Wieczorek-Zeul signieren.

Ausschnitt aus dem "Vorwärts"

2008 1. Sprecher Martin Töben, 2. Sprecher Jan Holthuis

Eine öffentliche Veranstaltung, von Ausschussmitglied Uwe Warnken gemeinsam mit dem Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) vorbereitet zum Thema "Biosprit und Nahrungsmittel" wird im Übersee-Museum durchgeführt. Ein entsprechender kritischer

Antrag aus dem Ausschuss zur Politik der Bundesregierung – an der die SPD beteiligt ist – wird von der Bundestagsfraktion zurückgewiesen. (Anmerkung des Chronisten: sie wird als Opposition später auf den Kurs des Ausschusses umschwenken!)



Inhaltlich befasst sich der Ausschuss schwerpunktmäßig u. a. mit dem afrikanischen Kontinent und mit den Flüchtlingsproblemen an den EU-Außengrenzen am Beispiel der Ukraine. Auf Bundesebene wird von der Bundestagsfraktion eine klare Zielsetzung und eine Exit-Strategie für Afghanistan sowie Weihnachten nach dem Angriff Israels auf Gaza eine deutsche Politik gefordert, die den dauerhaften Frieden in der Region fördert.



2009 1. Sprecher Martin Töben, 2. Sprecher Jan Holthuis

In der Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss für internationale Angelegenheiten und der SPD-Bürgerschaftsfraktion werden die Aufgaben insbesondere hinsichtlich der öffentlichen Wirkung weiterhin sinnvoll aufgeteilt. Inhaltlich beschäftigt sich der Ausschuss neben den jeweils anfallenden aktuellen Tagesfragen mit der Kooperation

zwischen dem "Offiziellen Bremen" und der islamischen Gemeinde (Berichterstatter Helmut Hafner), mit der Kritik an unkontrollierten Budgethilfen in der Entwicklungspolitik, mit der Entwicklung in Namibia und mit der Türkei und dem Kemalismus.

2010 1. Sprecher Martin Töben, 2. Sprecher Björn Wehrs

Veranstaltungen werden von Ausschussmitgliedern durchgeführt zur Wiederbelebung der Diskussion um die West-Sahara sowie zur kommunalen Entwicklungspolitik im Rahmen der Bundesdelegiertenkonferenz der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik).



SGK: Herbert Schmalstieg, Barbara Dieckmann, Gabriele Groneberg

Sonstige öffentliche Veranstaltungen und Foren werden wie in den letzten Jahren von der SPD-Bürgerschaftsfraktion mit Unterstützung durch den Ausschuss organisiert. Wie sich überhaupt die Zusammenarbeit zwischen dem Parteiausschuss und dem von der SPD-Bürgerschaftsfraktion mit ihrer europa- und entwicklungspolitischen Sprecherin Ulrike Hiller begründeten Forum

"Bremen in der Welt" ausgesprochen positiv entwickelt.

Der Landesparteitag 2010 beschließt einen Antrag des Ausschusses und einiger Ortsvereine des Unterbezirks Bremen-Stadt in Sachen "keine weiteren Verlängerungen oder Ausweitungen des militärischen Mandats in Afghanistan".

2011 1. Sprecher Martin Töben, 2. Sprecher Björn Wehrs

Das Bundestreffen der Foren Eine Welt der SPD findet im April in Bremen statt. An der Eröffnungsveranstaltung mit Heidemarie Wieczorek-Zeul nehmen rund 70 Personen unter Einschluss einiger NRO teil. Eine Reihe von Bundesländern ist vertreten.



Heidemarie Wieczorek-Zeul (Foren Eine Welt der SPD), Gertraud Gauer-Suess (biz Bremen) und Carsten Sieling (MdB) auf dem Bundestreffen der Foren 2011

Der Ausschuss besetzt auf der Afrika-Messe im Rahmen der HanseLife einen Stand, der den von der Bundesregierung geplanten Rüstungsexport von Kriegsschiffen der Bremer Lürssen-Werft nach Angola thematisiert.

Im Oktober 2011 beschließt der SPD-Landesvorstand die Annahme eines Positionspapiers des Ausschusses zur Westsahara. Darin werden der Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion in Berlin aufgefordert, sich für das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis und die Umsetzung der Beschlüsse von UNO und EU-Parlament einzusetzen.

Weitere Themen sind die landwirtschaftliche/kleinbäuerliche Entwicklung in Afrika, die Situation Syriens (noch vor dem "Arabischen Frühling"), die Finanztransaktionssteuer, Bremens Bewerbung als "Hauptstadt des Fairen Handels", Fragen des Land Grabbing und der Sozialismus in Indien bis 1960.

2012 1. Sprecher Martin Töben, 2. Sprecher Özden Konuralp

Der Ausschuss für internationale Angelegenheiten erarbeitet einen Entwurf zur Modernisierung der Entwicklungspolitik als Korrektur des vom SPD-Bundesparteitag im Dezember 2011 beschlossenen Antrags. Diese Modernisierung zielt auf eine zeitgemäße Vorbereitung auf die Wahlkämpfe 2013 zum Bundestag und 2014 zum Europäischen Parlament ab. Die Verteilung zwecks Vertiefung der bundesweiten Diskussion erfolgt an alle Foren Eine Welt der SPD.

Im September nimmt der Ausschuss wiederum an nunmehr zwei Tagen an der Afrika-Messe im Rahmen der Bremer Messe Hanselife teil. Auch 2012 werden die öffentlich behandelten Sachthemen in bewährter Form im Rahmen des Forums "Bremen in der Welt" von der SPD-Bürgerschaftsfraktion abgedeckt. Inhaltlich stehen auf dem abgewickelten Programm des Ausschusses: Nahrungsmittelpreise und Spekulation, Zeitplan für die Europa-Wahl 2014, Israel/Palästina, die islamische und politische Sonderrolle des Oman im "Arabischen Frühling" sowie die Problemsituationen in Mali und in Syrien auf der Agenda. An der Gründung einer NRO "Verein Freiheit für die West-Sahara e.V." sind mehrere Ausschussmitglieder beteiligt, die die lange Tradition der Unterstützung der Sahrauis gegen die koloniale Fremdherrschaft durch Marokko auch nach fast 40 Jahren fortsetzen wollen.



Özden Konuralp, stellv. Sprecher des Ausschusses (2013)

Schlusswort:

Özden Konuralp, 2. Sprecher des "Ausschusses für Internationale Angelegenheiten"

Bremen, im Januar 2013

"Auch wenn bei Gründung des Ausschusses der Begriff noch nicht üblich war, kann man feststellen, dass es bereits vor 40 Jahren um die Suche nach Globaler Gerechtigkeit ging".